



Ihre Gesprächspartner:

Dr. Johann Kalliauer

Dr. Reinhard Raml

Präsident der AK Oberösterreich
Geschäftsführer des Instituts für
Empirische Sozialforschung (IFES)

Der Österreichische Arbeitsklima Index

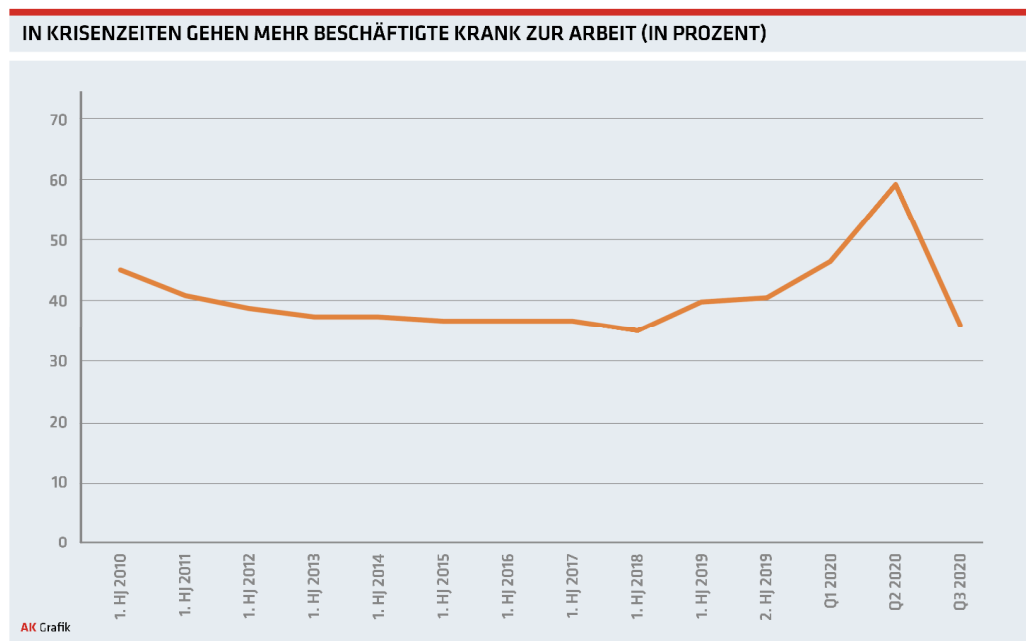
**Viele Beschäftigte greifen wegen
zu hoher Arbeitsbelastungen zu Medikamenten**

Pressekonferenz am
Freitag, 18. September 2020, 10 Uhr
Café Landtmann, Wien

Ein Drittel geht krank zur Arbeit

Seit dem Ausbruch der Corona-Pandemie steigt das Bewusstsein vieler Beschäftigter, dass man mit Krankheitssymptomen nicht in die Arbeit gehen soll. Während in der heißen Phase des Shutdown noch bis zu zwei Drittel der Beschäftigten trotz gesundheitlicher Beschwerden gearbeitet haben, ist dieser Wert über den Sommer auf ein knappes Drittel gesunken. Hoch ist hingegen weiterhin die Zahl jener, die aufgrund hoher Arbeitsbelastungen Medikamente nehmen müssen.

Der Österreichische Arbeitsklima Index belegt, dass die Beschäftigten in Krisenzeiten eher dazu neigen, krank zur Arbeit zu gehen. Schon während der Wirtschaftskrise in den Jahren 2008 bis 2010 sind zwischen 37 und 45 Prozent der Beschäftigten krank zur Arbeit gegangen. Seit dem zweiten Halbjahr 2012 hat sich dieser Wert ziemlich konstant bei rund einem Drittel der Beschäftigten eingependelt.



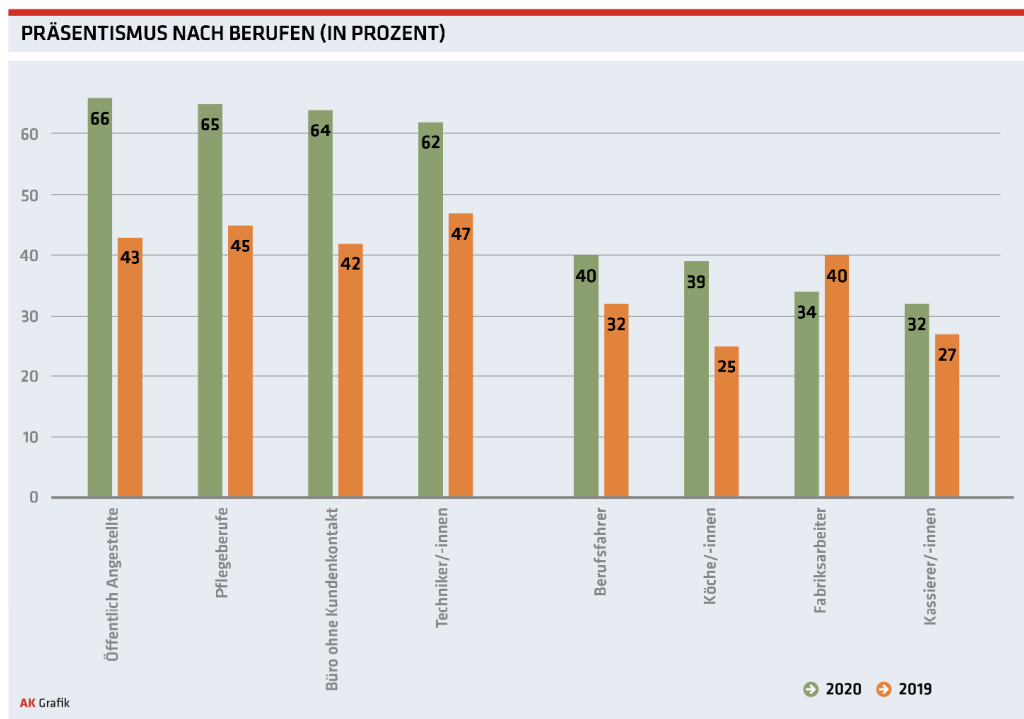
Im zweiten Halbjahr 2019 stieg der Anteil jener, die krank zur Arbeit gehen, auf knapp unter 40 Prozent. Schließlich gab es in den ersten beiden Quartalen des heurigen Jahres einen deutlichen und noch nie dagewesenen Ausreißer nach oben:

In den Monaten Jänner bis März gaben 47 Prozent der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an, in den vergangenen sechs Monaten trotz eingeschränkter Gesundheit gearbeitet zu haben, zwischen April und Juni waren es sogar 65 Prozent. Erst seit Jahresmitte ist wieder ein deutlicher Rückgang auf 32 Prozent zu vermerken.

Beschäftigte, die sich krank zur Arbeit „schleppen“, leiden besonders häufig an Muskelverspannungen, Rückenschmerzen, Erschöpfung, Kopfschmerzen und Schlafstörungen. Auch Verdauungs- und Magenbeschwerden werden oftmals in die Arbeit mitgenommen.

Unterschiede nach Berufen und Altersgruppen

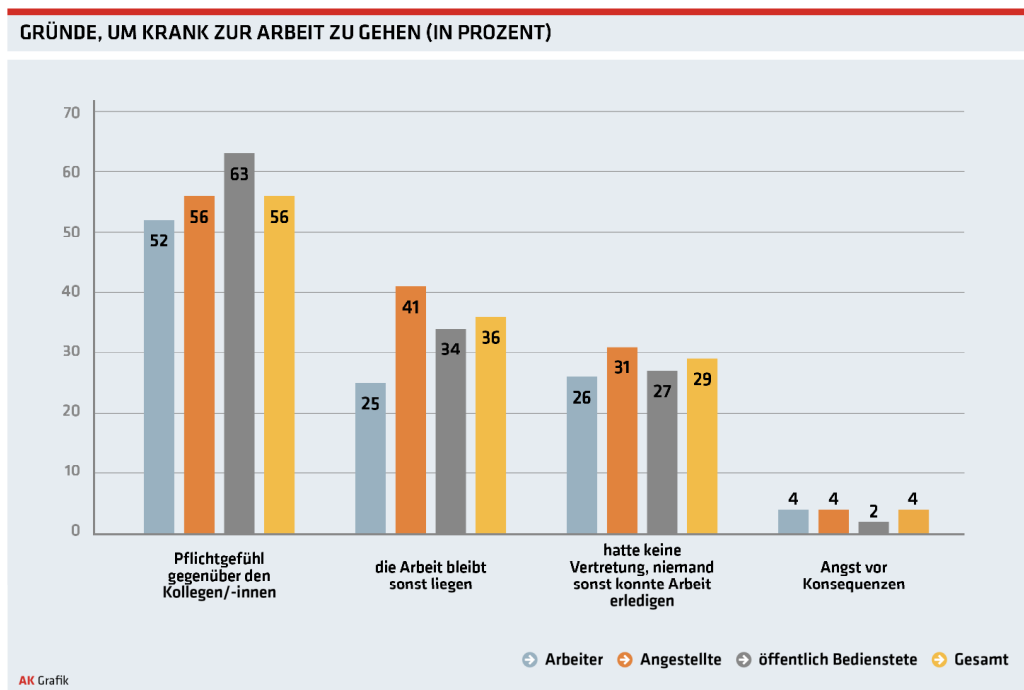
Besonders oft gingen im heurigen Jahr Beschäftigte in den Pflegeberufen und im öffentlichen Dienst sowie Techniker/-innen und Büroangestellte krank zur Arbeit. In all diesen Berufen liegt der Anteil bei mehr als 60 Prozent.



Je älter die Beschäftigten, desto eher bleiben sie bei gesundheitlichen Einschränkungen zuhause: Während rund 60 Prozent der unter 39-Jährigen im ersten Halbjahr 2020 trotz Erkrankung gearbeitet haben, waren es bei den über 50-Jährigen „nur“ 54 Prozent.

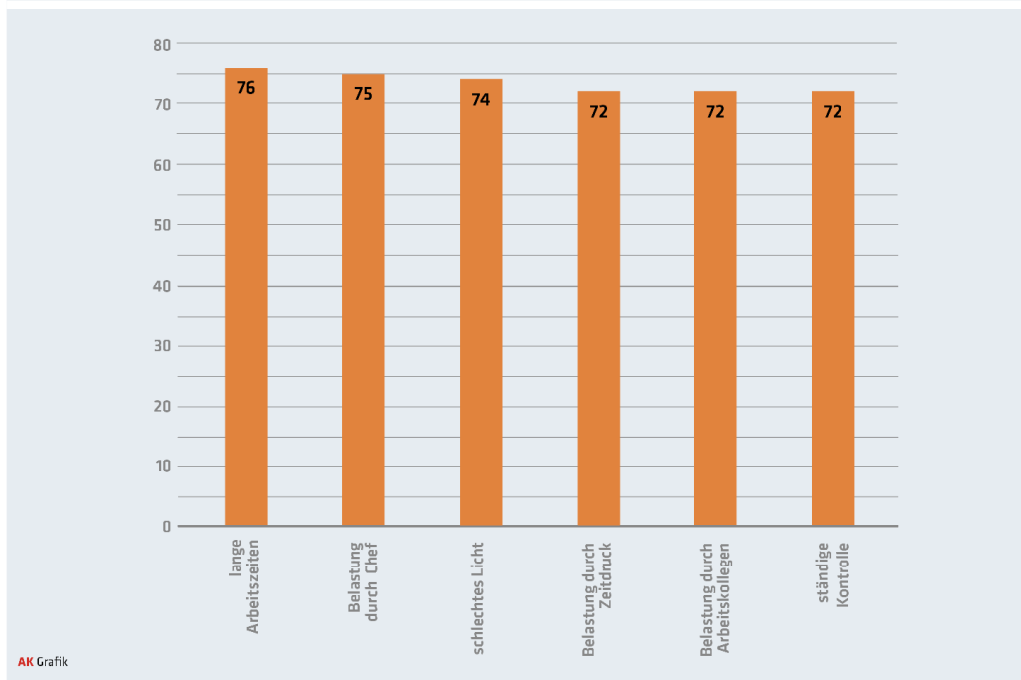
Pflichtgefühl gegenüber den Kollegen

Der häufigste Grund, krank zur Arbeit zu gehen, ist das Pflichtgefühl gegenüber den Kolleginnen und Kollegen. Knapp sechs von zehn Befragten gaben an, deswegen nicht daheim zu bleiben, obwohl es vernünftiger wäre. Gut ein Drittel aller Beschäftigten, die krank zur Arbeit gingen, klagten über mangelnde Vertretung bzw. dass niemand ihre Arbeit erledigen konnte. Besonders bei Angestellten ist das ein häufiger Grund. Für sie ist auch ausschlaggebend, krank arbeiten zu gehen, weil ansonsten die Arbeit liegen bleiben würde.



Besonders häufig gehen Beschäftigte auch trotz gesundheitlicher Einschränkungen zur Arbeit, wenn sie durch überlange Arbeitszeiten und mangelnde Unterstützung durch ihre Vorgesetzten belastet sind.

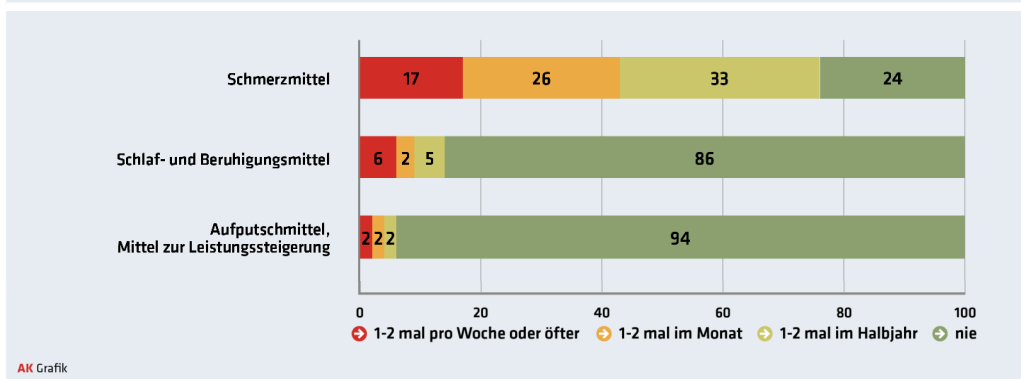
HOHE ARBEITSBELASTUNGEN FÖRDERN PRÄSENTISMUS (IN PROZENT)



Frauen und Ältere greifen zu Schmerzmitteln

Um trotz gesundheitlicher Beeinträchtigungen zur Arbeit gehen zu können, nehmen viele Beschäftigte mehr oder weniger regelmäßig Medikamente. Drei Viertel aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Österreich griffen im bisherigen Verlauf des heurigen Jahres zu Schmerzmitteln, 14 Prozent nahmen Schlaf- und Beruhigungsmittel, rund sechs Prozent leistungssteigernde Substanzen. Fünf Prozent aller Befragten nahmen sowohl Aufputsch- als auch Beruhigungsmittel.

DREI VIERTEL GREIFEN ZU SCHMERZMITTELN (IN PROZENT)

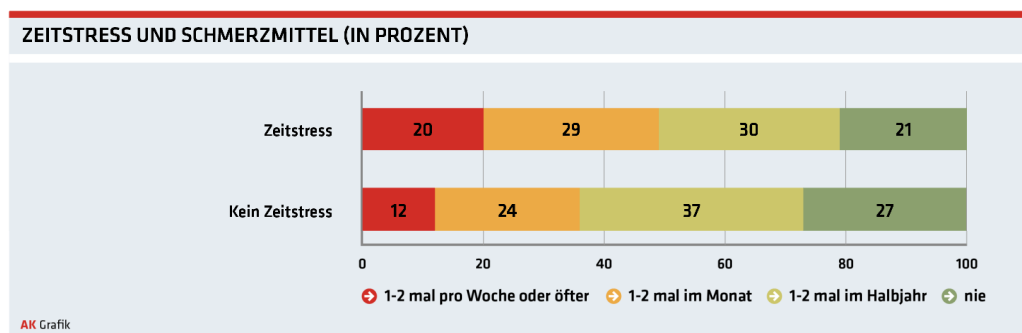


Während Frauen und ältere Arbeitnehmer/-innen eher Schmerzmittel nehmen, um ihre Arbeitsbelastungen zu verkraften und den Arbeitsalltag zu bewältigen, greifen Männer und Jüngere häufiger zu Aufputsch- und Beruhigungsmitteln.

Wer psychisch belastet ist, greift deutlich häufiger zu Medikamenten als Personen ohne psychische Belastungen im Job. Während 85 Prozent der mehrfach psychisch Belasteten Schmerzmittel schlucken, sind es bei den Unbelasteten „nur“ 64 Prozent. 30 Prozent der Beschäftigten mit mehreren psychischen Belastungen nehmen Beruhigungsmittel, 15 Prozent putschen sich auf.

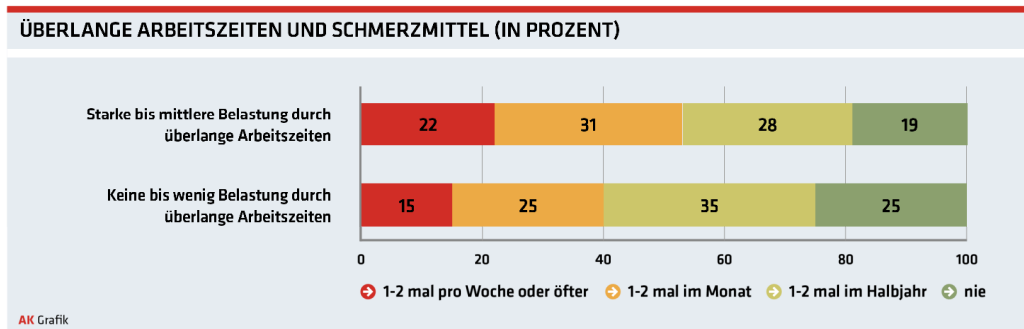
Pillen gegen Zeitstress und lange Arbeitszeiten

Auch Zeitstress und überlange Arbeitszeiten werden häufig mit Medikamenten kompensiert: Von jenen, die Zeitstress verspüren, greift knapp die Hälfte häufig und nochmal ein knappes Drittel manchmal zu Schmerzmitteln. Das sind in Summe fast 80 Prozent. Bei jenen, die keinen Stress haben, sind es aber auch immerhin rund 70 Prozent.



Noch deutlicher wird der Zusammenhang bei Aufputsch- und Beruhigungsmitteln: Während 18 Prozent der Gestressten Beruhigungsmittel nehmen, sind es bei jenen, die keinen Zeitstress verspüren, nur neun Prozent. Bei den Aufputschmitteln beträgt das Verhältnis acht zu drei Prozent.

Ähnlich verhält es sich bei überlangen Arbeitszeiten: Wer regelmäßig länger als zehn Stunden pro Tag arbeitet, greift deutlich häufiger zu Medikamenten als jene Beschäftigten, die weniger als zehn Stunden pro Arbeitstag tätig sind.



Kaum Einfluss auf den Medikamentenkonsum hatte hingegen das Home-Office während der heißen Phase der Corona-Krise. Einzig Beschäftigte, die von zuhause arbeiteten und Kinder zu betreuen hatten, griffen deutlich häufiger zu Medikamenten als alle anderen Beschäftigten. Sie litten auch deutlich häufiger unter Erschöpfung, Kopfschmerzen, Verdauungs- und Atembeschwerden.

Auch bei Arbeitslosen fiel der höhere Medikamentenkonsum im Vergleich zu den aktiven Beschäftigten auf – insbesondere bei den Beruhigungsmitteln.

Schlussfolgerungen und Forderungen

In Krisenzeiten gehen die Beschäftigten häufiger auch krank zur Arbeit. Viele nehmen Medikamente, um den Alltag zu bewältigen. Auf Dauer kann das nicht gut gehen, zumal uns die Corona-Krise lehrt, dass ein neues Bewusstsein nötig ist: Wer krank ist oder Krankheitssymptome aufweist, soll daheimbleiben – zum eigenen Schutz und zum Schutz der Kolleginnen und Kollegen.

Die Unternehmen müssen jedenfalls die Arbeitsbedingungen so gestalten, dass die Beschäftigten erst gar nicht krank werden. Körperliche und psychische Belastungen am Arbeitsplatz müssen erkannt und reduziert werden, damit Beschäftigte gesund bleiben und bis zur Pension durchhalten können. Außerdem muss kranken

Menschen genug Zeit gegeben werden, um sich auszukurieren. Und es muss für einen gesunden Wiedereinstieg nach langem Krankenstand gesorgt werden, damit die Rückkehr nicht zum Rückfall führt.

In der aktuellen Phase der Corona-Pandemie müssen Unternehmen dafür sorgen, die Ansteckungsgefahr der Beschäftigten so gering wie möglich zu halten. Ein Instrument dafür ist Home-Office – mit all seinen Vor- und Nachteilen. In den Betrieben müssen Hygienemaßnahmen gesetzt und Sicherheitsabstände ermöglicht und eingehalten werden.

Kündigungsschutz im Krankheitsfall

Um in Zukunft Druck und Angst von den Beschäftigten zu nehmen, insbesondere wenn sie sich zum eigenen Schutz und zum Schutz der Kollegen/-innen schon bei leichten Erkrankungssymptomen krank melden, fordert die Arbeiterkammer Oberösterreich die Einführung von Regelungen zum Kündigungsschutz im Krankheitsfall. Zumindest sollte ein Motivkündigungsschutz mit Beweislastumkehr festgelegt werden. Eine Kündigung seitens des Arbeitgebers im Krankenstand könnte dann durch betroffene Beschäftigte angefochten werden und Arbeitgeber müssten im Rechtsverfahren den Beweis erbringen, dass die Kündigung nicht wegen der Erkrankung erfolgte.

Damit Arbeitgeber erkrankte Beschäftigte nicht unter Druck setzen, einer einvernehmlichen Auflösung des Arbeitsverhältnisses zuzustimmen, muss der Anspruch auf Entgeltfortzahlung durch den Arbeitgeber auch bei einvernehmlicher Auflösung über die Beendigung des Arbeitsverhältnisses hinaus aufrecht bleiben. Derzeit ist das nicht der Fall. Außerdem muss der Entgeltfortzahlungsfonds für alle Unternehmen wiedereingeführt werden.

Ausreichende Personalbemessung

Auch durch eine ausreichende Personalbemessung wird der Druck von den Beschäftigten genommen, unbedingt krank zur Arbeit gehen zu müssen. Genügend Personal bewirkt, dass krankheitsbedingte Fehlzeiten nicht zu Lasten der restlichen Belegschaft gehen und Beschäftigte sich nicht bemüßigt fühlen, aus Pflichtgefühl und Rücksicht auf die Kollegen/-innen krank zur Arbeit zu gehen.

Um potenzielle Stressfaktoren erkennen und vermeiden zu können, müssen die infolge der gesetzlich vorgeschriebenen Evaluierung psychischer Belastungen erkannten Maßnahmen verbindlich umgesetzt werden. Arbeitspsychologen/-innen müssen als verpflichtende Präventivfachkraft im Gesetz verankert werden. Die Arbeitsinspektion muss mit mehr Ressourcen ausgestattet werden, um ihren Kontroll- und Beratungsauftrag im Bereich der psychischen Belastungen, aber auch krankmachender Arbeitszeiten, noch besser erfüllen zu können.

Gesunde Arbeitszeiten

Einer der wesentlichen Belastungsfaktoren für Beschäftigte und wesentlicher Grund für die Einnahme von Medikamenten sind Zeitstress und ungesunde Arbeitszeiten. Darum bedarf es eines Abbaus regelmäßig geleisteter Überstunden sowie eines fairen Ausgleichs für belastende Arbeitszeiten durch Freizeit (Zeitausgleich) anstelle finanzieller Zuschläge. Die Arbeitnehmer/-innen brauchen mehr Mitsprache bei der Arbeitszeit, damit sie Beruf- und Privatleben besser vereinbaren können. Dazu gehört auch die Einführung der sechsten Urlaubswoche für alle Arbeitnehmer/-innen, die 25 Jahre gearbeitet haben – egal, ob immer im gleichen Betrieb oder bei unterschiedlichen Arbeitgebern/-innen. Langfristig ist zudem eine kürzere Vollzeitarbeitszeit mit Ausgleich bei Lohn und Personal anzustreben.